

Benutzungsgebühren für städtische Räumlichkeiten bei muttersprachlichem Unterricht erlassen

Mittwoch, 4. November 2015

Kostenlose Überlassung von städtischen Räumlichkeiten an ehrenamtlich tätige Personen und Vereine im Bereich muttersprachlicher Unterricht

Antrag

Allen ehrenamtlich tätigen Personen und Vereinen werden die Benutzungsgebühren für städtische Räumlichkeiten wie z.B. Schulen oder KiTas zum Durchführen von muttersprachlichem Unterricht erlassen.

Begründung:

Derzeit bezahlen alle NutzerInnen von städtischen Räumlichkeiten zwei Euro pro Stunde für das Abhalten von verschiedensten Veranstaltungen. Dies trifft auch die mittlerweile sehr große Gruppe von ehrenamtlich engagierten Personen, die muttersprachlichen Unterricht anbieten. Diese Menschen leisten eine großartige Arbeit in der Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen in die Münchner Stadtgesellschaft. Sprache ist der zentrale Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wichtig ist hierbei jedoch nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache sondern auch die Förderung der Herkunftssprache. Das Konzept des muttersprachlichen Unterrichts sieht vor, dass die Lernenden sich in ihrer Muttersprache mit spezifischen Themen aus dem geschichtlich-historischen oder kulturellen Bereich ihrer Herkunftsländer befassen. Diese Form des Unterrichts wird entweder von den Konsulaten oder von ehrenamtlichen Personen und Vereinen organisiert. Für die letztere Gruppe ist das Entgelt für die städtischen Räumlichkeiten immer öfter ein Problem, da sie dies aus eigener Tasche finanzieren müssen.

Der Stadt München entstehen wiederum nur sehr geringe Einnahmen, welche durch einen großen Verwaltungsaufwand wieder gemindert werden.

Angesicht der aktuellen Situation, in welcher jedes Kursangebot gebraucht wird, scheint es für die Stadt München ein Leichtes bei dieser Zielgruppe auf die Gebühren zu verzichten und somit die Ehrenamtlichen zu unterstützen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel

Jutta Koller

Sabine Krieger

Oswald Utz Mitglieder des Stadtrates